



Quelle: Jüdische Gemeinde Osnabrück

CHRISTIAN WULFF

DIE SYNAGOGE OSNABRÜCK

Demokratie heißt: Alle Herrschaft geht vom Volke aus, und alle Herrschaft hat ihre einzige Berechtigung darin, dem Wohl des Volkes und der Nation zu nützen. Auch demokratisch legitimierte Herrschaft bedeutet Macht, und Macht kann einerseits missbraucht werden, andererseits von feindlichen Kräften, auch von innen, in Frage gestellt werden.

So bedarf also die Demokratie einiger Tugenden seitens der Staatsbürger. Die Demokratie braucht das Interesse, die Aufmerksamkeit, die Anteilnahme und die Teilhabe, kurz das Engagement und die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger. Gewiss gibt es in der Demokratie keinen Zwang zur aktiven politischen Betätigung. Auch das demokratische Wahlrecht heißt nicht automatisch Wahlpflicht. Dennoch ist die Demokratie auf die innere und äußere Zustimmung und die moralische Selbstverpflichtung der Bürger angewiesen. Denn sonst droht Machtmissbrauch bis hin zum Verfall. Totalitarismus und Diktatur würden das entstandene Vakuum füllen. Das wäre das Ende der Demokratie.

In der Demokratie geht es letztlich um das Gemeinwohl, denn ohne das Gemeinwohl ist auch mein eigenes Wohl in Gefahr und auf Dauer nicht möglich. Die Perspektive aber von der eigenen Existenz und – damit verbunden – den eigenen Interessen auf das Gesamtwohl macht Tugenden nötig, die für eine Demokratie ebenfalls wesentlich und unabdingbar sind. Hier geht es um die Anerkennung der Grundrechte für alle, also auch für Minderheiten, für Oppositionelle, Andersdenkende, es geht also um Offenheit, das Ertragen von Pluralität und Andersheit, um Toleranz und um das ständige Gebot des friedlichen Ausgleichs. Unter Einzelnen genauso wie unter Interessengruppen. Das heißt heute auch Ausgleich und friedliches, gedeihliches Zusammenleben mit Angehörigen anderer Völker, Nationen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen, die bei uns leben.

OSNABR

Demokratie muss sich also nicht nur gegen Gleichgültigkeit wappnen, sondern sich auch gegen offene Feindschaft von innen wehren können. Und zwar mit demokratischen Mitteln, also nicht mit Gewalt, sondern mit dem Instrument der friedlichen Meinungsäußerung.

Ich nenne als einen so verstandenen Ort der Freiheit und der Demokratie die Stelle, an der heute die neue jüdische Synagoge in meiner Heimatstadt Osnabrück steht. Ich war noch ein Schüler, es war Ende der 1970er Jahre, als die Synagoge von Unbekannten mit Hakenkreuz und Parolen wie „Jude verrecke“ beschmiert worden war. Dieser Vorfall ließ mir keine



*Demonstrationszug zur Synagoge, 14.11.1978
Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung, Archiv*

Ruhe, das konnte und wollte ich nicht hinnehmen. Ich habe damals mitgeholfen, eine Demonstration zu organisieren, und die Schülerschaft meiner Schule aufgefordert, daran teilzunehmen, und zwar unabhängig von der weltanschaulichen oder der politischen Gesinnung. Denn hier ging es um Tugenden, die allen Demokraten zu eigen sein sollten. Ich erinnere mich, wie die Demonstration an der Stelle begann, wo die Alte Synagoge gestanden hatte. Sie war am 9. November 1938 während der Reichspogromnacht in Flammen aufgegangen. Wir hatten diesen Ort als Startpunkt für unsere Demonstration gewählt, weil wir daran erinnern wollten, wie auch in unserer Heimatstadt Osnabrück das entsetzliche Verbrechen der Schoah seinen Anfang genommen hatte. Der Demonstrationszug führte dann zu der neuen Synagoge. Damit wollten wir zeigen, dass wir froh und dankbar darüber sind, dass jüdisches Leben nach dem Holocaust in Osnabrück wieder lebendig ist und dass es endlich wieder seinen Platz in unserem demokratischen Gemeinwesen hat. Die Synagoge wird gegenwärtig – auch mit Hilfe von

erheblichen Landesmitteln – erweitert und renoviert. Denn erfreulicherweise wachsen die jüdischen Gemeinden im Land weiter, vor allem durch den Zuzug aus den ehemaligen sowjetischen Republiken.

Bei der Organisation der Demonstration orientierte ich mich an drei grundlegenden Prinzipien der Außenpolitik Konrad Adenauers: dem Ausgleich mit Polen, dem Ausgleich mit Frankreich und vor allem dem Ausgleich mit Israel und dem jüdischen Volk. Die Umsetzung dieser drei Prinzipien in die Realität ist den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahrzehnten danach beispielhaft gelungen. Ein Beweis dafür war für mich damals auch, dass bei unserer Demonstration über 4.000 vor allem junge Menschen teilnahmen, Menschen unterschiedlicher Konfession, Weltanschauung und politischer Einstellung. Aber sie waren vereint in der Anerkennung und der Praxis der genuin demokratischen Tugenden der Teilhabe und der Zivilcourage genauso wie der Offenheit und der Toleranz.

Dieser Weg ist nach dem Scheitern der Weimarer Republik und nach der Katastrophe des Nationalsozialismus eine wertvolle Errungenschaft, ja der einzig gangbare Weg in eine lebenswerte, freie, friedliche und gerechte Zukunft. Die auf dem christlichen Menschenbild basierende überkonfessionelle CDU ist als echte Volkspartei das Ergebnis der Lehren, die verantwortungsvolle Politiker aus den Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit gezogen haben. Sie ist der ideale Ort, die demokratischen Tugenden zu leben und in konkrete Politik umzusetzen.

Ich habe es damals bei der Demonstration an der Synagoge in Osnabrück so erlebt: Demokratie heißt aktive Teilnahme und Einmischung. Demokratie heißt aber auch Ausgleich mit der Fülle anderer Individuen und mit deren Interessen und Eigenheiten, seien sie wirtschaftlicher, kultureller, nationaler oder religiös-weltanschaulicher Art. Deshalb ist für mich die Synagoge meiner Heimatstadt ein wahrer Ort der Demokratie.



CHRISTIAN WULFF

*geb. 1959, ist niedersächsischer
Ministerpräsident.*